



## Schweizer Exportwirtschaft begrüsst Entscheidung des Nationalrats zu China

economiesuisse zeigt sich erfreut über das mit 120:46 Stimmen deutliche Ja im Nationalrat zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und China. Das Abstimmungsresultat stärkt die Schweizer Aussenwirtschaft.

China ist in nur wenigen Jahren zum drittichtigsten Handelspartner der Schweiz geworden. Nur in die EU und die USA exportiert die Schweiz mehr Güter und Dienstleistungen. In jüngster Zeit hat sich der bilaterale Handel zwischen der Schweiz und China ausserordentlich rasant und dynamischer als der grosse Rest des Schweizer Aussenhandels entwickelt. China ist seit 2010 der wichtigste Handelspartner der Schweiz in Asien. Der wirtschaftliche Austausch zwischen der Schweiz und China erreichte auch in den Jahren 2011 und 2012 Höchstwerte. Die Einfuhren aus China haben sich 2012 auf 10,3 Milliarden Franken erhöht. Das entspricht einer Steigerung von 63 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Schweizer Exporte nach China sind im gleichen Zeitraum leicht zurückgegangen, von 8,8 Milliarden auf 7,8 Milliarden Franken. Bei den Exporten haben vor allem die pharmazeutischen Erzeugnisse (+44 Prozent), die optischen und medizinischen Instrumente (+9 Prozent) sowie die Uhrmacherwaren (+1 Prozent) zugenommen, während die Maschinenerzeugnisse abgenommen haben. Auch die Direktinvestitionsflüsse haben nach dem Einbruch vor vier Jahren 2011 wieder stark zugenommen. Der Kapitalbestand der Schweizer Investitionen in China belief sich Ende 2011 auf rund 13,13 Milliarden Franken oder 1,3 Prozent der gesamten Direktinvestitionen im Ausland. Die Schweiz belegt damit Rang 4 unter den europäischen Direktinvestoren.

Das Freihandelsabkommen stärkt insbesondere die KMU, die nun bessere Bedingungen für den Zutritt zum chinesischen Markt haben werden. Neben den Zollreduktionen profitieren die Schweizer Unternehmen auch von erhöhter Rechtssicherheit oder einem besseren Schutz ihres geistigen Eigentums. Die Schweiz und China setzen mit dem Freihandelsabkommen auch ein politisches Signal gegen Protektionismus und für die Liberalisierung des Marktzugangs besonders für Industriegüter.